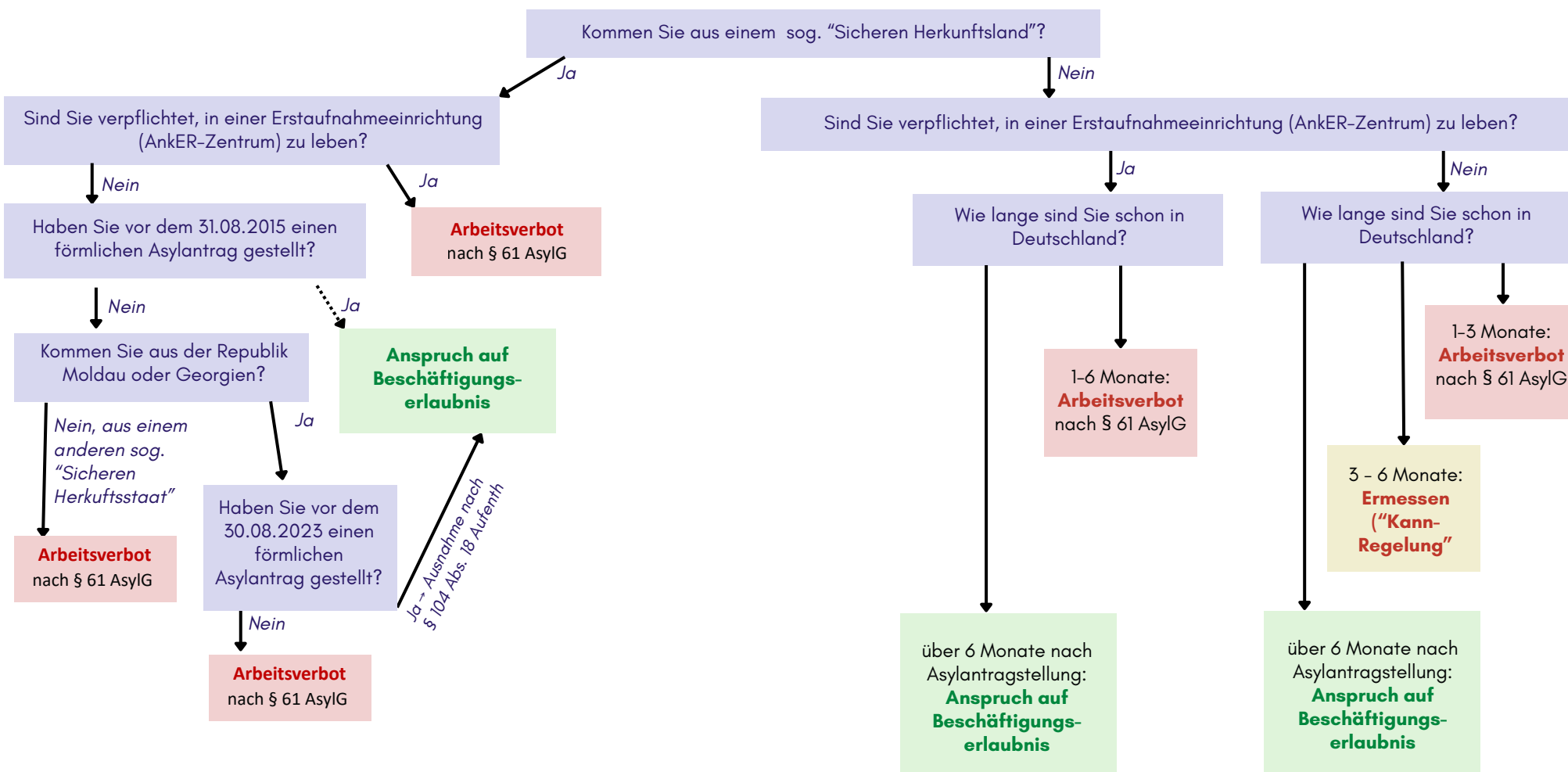


HINTERGRUND

Ob Geflüchtete die Möglichkeit haben, eine Arbeit aufzunehmen hängt von verschiedenen Faktoren ab. Ein wichtiger Aspekt ist der Aufenthaltsstatus. Unterschieden wird, ob Menschen eine **Aufenthaltsgestattung**, eine **Duldung** oder eine **Aufenthaltserlaubnis** besitzen (s. Nebenbestimmungen)





Kommen Sie aus einem sog. "Sicheren Herkunftsland"?

Ja

Nein

Sind Sie verpflichtet, in einer Erstaufnahmeeinrichtung (AnKER-Zentrum) zu leben?

Nein

Ja

Haben Sie vor dem 31.08.2015 Asyl beantragt oder haben den Antrag nach Beratung durch BAMF zurückgezogen oder sind vorher eingereist und haben keinen Asylantrag gestellt?

Nein

Ja

Ausnahme

Sind Sie als unbegleiteter Minderjähriger eingereist und Ihr Vormund hat den Asylantrag zurückgezogen oder es wurde keine Asylantrag gestellt?

Nein

Ja

Ausnahme

Kommen Sie aus der Republik Moldau oder Georgien?

Nein, aus einem anderen sog. "Sicheren Herkunftsstaat"

Ja

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6 Nr. 3 AufenthG

Haben Sie einen Asylantrag vor dem 30.08.2023 gestellt oder hatten bereits eine Duldung ohne einen Asylantrag gestellt zu haben?

Nein

Arbeitsverbot
nach § 61 Abs. 1 AsylG

Wird Ihnen vorgeworfen, wegen des Bezugs von Leistungen nach AsylbLG eingereist zu sein?

Ja

Nein

Wird Ihnen vorgeworfen, dass Ihre Abschiebung aus selbst zu vertretenden Gründen nicht möglich sei (falsche Angaben, fehlende Mitwirkung etc.)?

Ja

Nein

Gilt Ihre Identität als "ungeklärt" und haben Sie deshalb eine Duldung nach § 60b AufenthG?

Ja

Nein

Sind Sie verpflichtet, in einer Erstaufnahmeeinrichtung (AnKER-Zentrum) zu leben?

Ja

Nein

Haben Sie schon länger als 6 Monate eine Duldung nach § 60a AufenthG?

Ja

Wurde Ihr Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" oder "unzulässig" abgelehnt und eine Klage hatte keine aufschiebende Wirkung?

Nein

Stehen aufenthaltsbeendende Maßnahmen konkret bevor?

Nein

Ja

Erwerbstätigkeit soll erlaubt werden (gebundenes Ermessen)
nach 60a Abs. 5b S. 1 AufenthG

Beschäftigungsverbot
nach 60a Abs. 5b S. 2 AufenthG

Haben Sie schon seit mehr als 3 Monaten einen gestatteten, geduldeten oder erlaubten Aufenthalt in Deutschland?

Ja

Nein

i.d.R. Arbeitsverbot
nach § 32 BeschV
Ausnahme: Wenn keine Zustimmung der BA nötig ist.

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6
AufenthG

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6
Nr. 1 AufenthG

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6
Nr. 2 AufenthG

Arbeitsverbot
nach § 60b AufenthG

Arbeitsverbot
nach 61 Abs. 1 AsylG

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6
AufenthG

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6
Nr. 1 AufenthG

Arbeitsverbot
nach § 60a Abs. 6
Nr. 2 AufenthG

Arbeitsverbot
nach § 60b AufenthG

Arbeitsverbot
nach 61 Abs. 1 AsylG

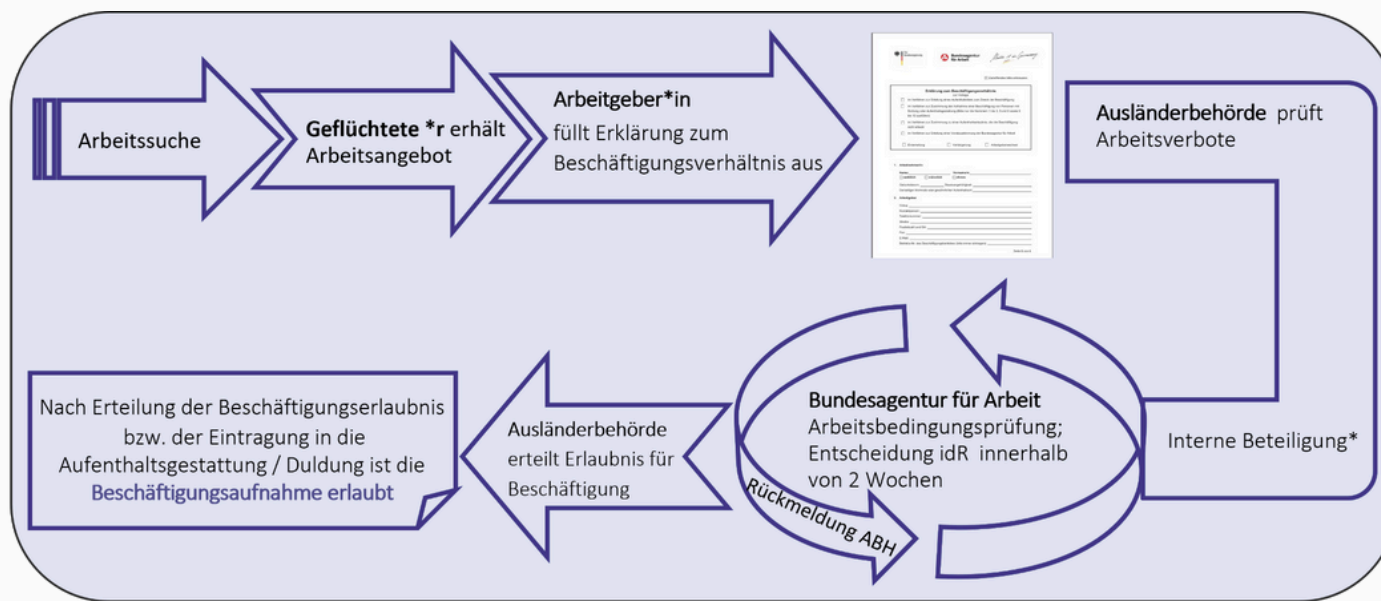
Erteilung der Beschäftigungserlaubnis in den ersten vier Jahren bei Aufenthaltsgestattung & Duldung

Die **Ausländerbehörde entscheidet** über die Beschäftigungserlaubnis und muss eine Nebenbestimmung zum Arbeitsmarktzugang in die Aufenthaltsgestattung/Duldung eintragen, z.B.

- **Beschäftigung nicht erlaubt/gestattet**
- **Beschäftigung nur nach Genehmigung der Ausländerbehörde erlaubt/gestattet**
- **Beschäftigung erlaubt/gestattet**

*Die Erteilung der Beschäftigungserlaubnis durch die Ausländerbehörde bedarf in den ersten 4 Jahren i.d.R. der **Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA)** (vgl. § 32 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 3 BeschV). Diese führt die Prüfung der Arbeitsbedingungen durch.

Arbeitsmarktzugang: Zustimmungsverfahren



Keine Zustimmung der BA ist notwendig für:

- Betriebliche Berufsausbildung
- Praktika, die vom Mindestlohn ausgenommen sind (Orientierungspraktika zur Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums bis zu 3 Monaten, Einstiegsqualifizierung, etc.)
- Freiwilligendienste (BFD, FSJ, etc.) (vgl. § 32 Abs. 2 BeschV)